

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Postgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., **Reklame-Kolonelle** 7.50 M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
**Schluss der Inseraten-Aufnahme** für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Herr Koch als Scharfmacher gegen links.

Der bekannte Wind hat uns folgendes Dokument auf den Schreibtisch gelassen:

Der Reichsminister des Innern, Berlin, NW. 40, den 18. 8. 1920.  
— HC 4830. —

Von radikaler Seite wird in letzter Zeit öffentlich in Rede und Flugblättern für einen gewaltsamen Sturz der Verfassung sowie für die gewaltsame Errichtung der Räterepublik und zu diesem Zwecke für eine Bewaffnung des Proletariats Propaganda gemacht.

Fälle, in denen gegen die Personen, welche diese hochverräterischen Bestrebungen leiten und für sie wirken, eingeschritten worden wäre, sind bisher kaum zu meiner Kenntnis gelangt. Ich habe daher Veranlassung genommen, die Landesregierungen zu ersuchen, die nachgeordneten Polizeibehörden anzuweisen, derartige Fälle von Hochverratsversuch bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen; bitte aber auch die Justizverwaltung zu veranlassen, daß sie die ihr nachgeordneten Staatsanwaltschaften anweist, auch von Amts wegen nachdrücklich, als dies in der letzten Zeit geschehen zu sein scheint, gegen alle hochverräterischen Bestrebungen vorzugehen.

In den Herrn Reichs-Justizminister. Überzende ich zur gefl. Kenntnisnahme mit dem ergebenden Ersuchen, die nachgeordneten Behörden mit entsprechender Anweisung versehen zu wollen.  
Im Auftrage: gez.: Untersehrift.

An die Landesreg. für Preußen: In den Herrn Minister des Innern.

Der „Demokrat“ Koch der das Reichsministerium des Innern verläßt, wird nervös bei dem Gedanken, daß sich Arbeiter bewaffnen könnten — obgleich ihnen gar keine Waffen zur Verfügung stehen. Die Bewaffnung des Bürgertums, die Dragoj und die Einwohnerwehren — das ist natürlich ganz etwas anderes! Herr Koch, der zum Uebertritt in die Stinnespartei überreif ist, sieht die Gefahr nur links. Und also heßt er die Polizei und die Staatsanwälte auf das Proletariat. Die deutsche Klassenjustiz ist ohnehin einseitig auf die Arbeiterklasse dreifert und hört und sieht im allgemeinen nichts von Hochverrats- und Gewalttatsaufforderung der Reaktion. Daß sie es nach diesem Erlaß, der vom August 1920 stammt, noch weniger als vorher tun würde, liegt auf der Hand.

Einige Beispiele aus jüngster Zeit besagen es wieder einmal:

In Regensburg wurde der Kommunist Horn wegen Verbreitung eines Flugblattes verhaftet.

Nicht verhaftet wird der Antisemite Lebus, der in seiner Staatsbürgerzeitung schrieb:

Der Liga gehören u. a. an: Maximilian Harden, Professor Einstein, Professor Höpfer, Herr v. Gerlach. Hier liegt glatter Volksverrat vor. Wir würden jeden Deutschen, der diese Schelte niederschreibt, für einen Wohlthäter des deutschen Volkes erklären. Wir wundern uns überhaupt, daß sich niemand dazu bereitfindet. Fast zwei Millionen Deutsche haben ihr Leben für die Sicherheit des deutschen Volkes geopfert. Warum findet sich jetzt niemand, der das deutsche Volk von diesen Verbrechern befreit?

### Neue Verhandlungen mit der Regierung über die Eisenbahnerforderungen.

M. Berlin, 13. Januar. Nachdem die Vorstände der großen Organisationen der Eisenbahnerbeiter zu dem bisherigen Verhandlungsergebnis Stellung genommen haben, werden auf Grund der einmütigen Ablehnung der Mitglieder im ganzen Lande neue Verhandlungen für notwendig gehalten. Gestern trat der 16er-Ausschuß zu einer Besprechung zusammen. Aus dem erstatteten Bericht ergab sich eine neue Verhandlungsgrundlage, die soeben mit der am gleichen Tage tagenden Konferenz von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsringes eingehend besprochen wurde. Dabei wurde ganz besonders die finanzielle Auswirkung der zu fordernden weiteren Zugeständnisse behandelt. Schließlich erklärten sich die Vertreter der genannten Gewerkschaftsbünde bereit, mit den entsprechenden Regierungsstellen in Verbindung zu treten, damit ein befriedigendes Resultat erzielt wird.

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In einer Sitzung des Vorstands der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner wurde gegen die halbamtlich veröffentlichte Meldung über die Streikabstimmung der Eisenbahner Einspruch erhoben. Bei der durch das W. L. B. gegebenen Mitteilung sei für das erreichte Ergebnis der Streikabstimmung die Gesamtzahl aller Eisenbahner zugrunde gelegt, in Wirklichkeit handelt es sich lediglich um die Abstimmung der rund 235 000 Mitglieder der Reichsgewerkschaft, von denen laut Aufstellung 82 Prozent für den Streik gestimmt haben. In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es, daß der von der Regierung angebotene Vergleich unannehmbar ist. Die erregte Stimmung unter den

großen Massen der Mitglieder sei durch das Angebot in keiner Weise gemildert, vielmehr noch verschärft worden. In der Art der Verteilung der erhöhten Teuerungszuschläge nach Ortsklassen sei das soziale Moment ungenügend berücksichtigt. Dadurch würden gerade die Gehaltsgruppen ohne wirkungsvolle Hilfe bleiben, die ihrer am dringendsten bedürften. Die Methode des Reichsfinanzministers, durch Herausstellung von Milliardenziffern den Kampf der Beamtenschaft um gerechte Bewertung ihrer Arbeitsleistung in ein falsches Licht zu rücken, müßte auf das Schärfste verurteilt werden.

### Ein Streikverbot im besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 12. Januar. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Mannheim: Die Unterkommission Ludwigshafen der Interalliierten Kommission hat unter Ablehnung legalen Schiedsprüchs ein Streikverbot für die Eisenbahner des besetzten Gebiets erlassen.

### Rücktritt des französischen Kabinetts.

M. Paris, 13. Januar. Die französische Regierung ist gestern nachmittag gestürzt worden. In der Kammer wurden mehrere Interpellationen über die auswärtige und allgemeine Politik der Regierung eingebracht und sofortige Besprechung verlangt. Die Regierung widerlegte sich und verlangte mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zusammentritt der interalliierten Konferenz in Paris die Vertagung der Interpellationen. Der Ministerpräsident stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer lehnte darauf die Vertagung mit 463 gegen 125 Stimmen ab. Das Kabinett ist damit gestürzt. Um 4.40 nachmittags hat sich der Ministerpräsident Lyautey, begleitet von sämtlichen Ministern, ins Elysee begeben und dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts bekanntgegeben.

Die nationalistische Mehrheit der Kammer hat den Rücktritt des Kabinetts erzwungen, weil ihr der Ministerpräsident Lyautey zu „gemäßigt“ war. Sowohl seine Politik gegenüber Deutschland, wie auch sein Auftreten gegenüber England, besonders in der Frage der Entlassung Deutschlands und in der Orientfrage, war den Nationalisten nicht fest und scharf genug. Deshalb haben sie offenbar den Sturz der Regierung auch gerade jetzt, unmittelbar vor dem Zusammentritt der Konferenz der Ministerpräsidenten, herbeigeführt. Frankreich soll dort durch einen Ministerpräsidenten vertreten sein, der die Interessen Frankreichs entschieden im Sinne der nationalistischen Mehrheit wahr. Lord George hat sofort nach dem Eintreffen der Nachricht vom Rücktritt Lyauteys die notwendigen Anordnungen zur Verchiebung der Konferenz der Ministerpräsidenten getroffen. Voraussichtlich wird die Konferenz nun nicht mehr in diesem Monat zusammentreten. Als aussichtsreichsten Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten betrachtet man nach Meldungen aus Paris den Kammerpräsidenten Raoul Peret.

### Drohende Einschränkung des Eisenbahnverkehrs?

Berlin, 12. Januar. Seit dem Beginn der Ausführung des Spa-Abkommens hat der Eisenbahnverwaltung nicht mehr eine dem täglichen Verbrauch entsprechende Kohlenmenge zugeteilt werden können. Vor allem waren auch die für eine wirtschaftliche Lokomotivsteuerung notwendigen Kohlenarten nicht in ausreichender Menge vorhanden, da gerade sie von der Entente verlangt werden. Die Kohlenvorräte der Reichseisenbahnen sind infolgedessen ständig und in letzter Zeit besonders stark zurückgegangen; zur Zeit sind fast überall nur noch Vorräte für weniger als zehn Tage vorhanden. Damit nähert sich die Lage dem Gefährpunkt, daß der Betrieb aus Mangel an Dienstkohlen nicht mehr in vollem Umfange durchgeführt werden kann. Die Möglichkeit, daß der Personenverkehr eingeschränkt werden muß, um den notwendigen Güterverkehr sicherzustellen, ist nicht ausgeschlossen.

### Rücktritt des mecklenburgischen Ministeriums.

Schwerin, 12. Januar. Das Staatsministerium unter Führung des Volksparteilers Prof. Reinde-Bloch erklärte heute im Landtage nach 5-monatiger Amtsdauer seinen Rücktritt. Den Anlaß zum Rücktritt gab das Misstrauensvotum der Linksmehrheit wegen der Erklärungen des Justizministers über die Freisprechung von drei früheren Zeitfreiwilligen durch das Schwurgericht. Die Regierung erklärte sich mit dem Justizminister solidarisches.

### Postbeamtenstreik in Oesterreich.

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Wien wird gemeldet: Die Postangestellten in Oesterreich sind heute in den Streik getreten. Der Grund zu diesem Streik ist nicht die Weigerung der Erfüllung von Lohnforderungen, sondern ein Streit über prinzipielle Fragen. (Gleichstellung der Postbeamten mit den übrigen Staatsbeamten.) Die Ansichten sind unter den Postbeamten geteilt. Die Telegraphen- und Telefonbeamten wollten sich morgen dem Streik anschließen.

### Die kommunistischen Spaltungs-anatiker suchen neue Spaltungsobjekte.

Die kommunistischen Schädlinge der Arbeiterbewegung haben sich bekanntlich als nächste Aufgabe die Zertrümmerung aller proletarischen Organisationen gestellt, die sich nicht bedingungslos der Diktatur von Moskau unterwerfen wollen. Nachdem der WPKD, trotz ihrer Massenfabrikation von Kampfpapieren nicht die erhofften Massen zugeführt sind, machen die deutschen Kommunisten unter Ausbeutung aller Kräfte und unter Anwendung aller, auch der verwerflichsten Mittel die verzweifeltsten Anstrengungen, um die Arbeiter vor ihren gründlich verfahrenen Parteikaren zu spannen. Insbesondere haben sie es dabei auf die proletarischen Schichten abgesehen, die am schlimmsten unter den herrschenden elenden Zuständen leiden und sich deshalb am leichtesten durch die scheinradikalen Phrasen der Sinowjewjünger einfangen lassen. Nach den Arbeitslosen sollen jetzt die Kriegsoffer an die Reihe kommen. Das Organ der sozialistischen Vereinigung der Kriegsoffer, des Internationalen Bundes, bringt in ihrer letzten Nummer eine sechs Spalten füllende Darstellung über die Bestrebungen und die Tätigkeit der Spaltungsanatiker in der Kriegsschädigtenorganisation.

Der Internationale Bund ist eine Organisation, die alle sozialistischen Kriegsschädigten zur Wahrung der gemeinsamen Interessen sammelt und als gleichberechtigt behandelt. Das paßt aber den Kommunisten nicht, die auch die Kriegsschädigtenorganisation für ihre Parteizwecke ausnützen wollen. Die kommunistische Opposition hat deshalb für die Kriegsschädigten ähnliche weitgehende Forderungen aufgestellt, wie sie zur Lösung des Arbeitslosenproblems erhoben worden sind, Forderungen, die wenigstens um Teil unerfüllbar sind, solange das Proletariat nicht im Besitze der politischen Macht ist. Die Absichten der kommunistischen Opposition werden deutlich enthüllt in vorgelegten Vorschlägen für ein zu schaffendes Programm. Darin wird als erste Aufgabe der kommunistischen Kriegsschädigten die Schaffung kommunistischer Zellen in allen Ortsgruppen des Bundes empfohlen, die dahin zu streben haben, daß der Bund ein klares kommunistisches Programm erhält. „Entweder“ — heißt es weiter — „ist der I. B. kommunistisch und bekennt sich zu den Richtlinien der I. Internationale oder er ist es nicht, dann ist er reaktionär und muß bekämpft werden.“ Koch hat der Zweck der ganzen Aktion zutage in den Richtlinien, in denen die Bildung kommunistischer Fraktionen gefordert wird, „die nach Wirtschaftszwecken zusammengefaßt und Zentrale der kommunistischen Fraktion mit dem Sitz in Berlin (Wützschloß 21) Die Red. d. L. V.) unterstellt werden, die ihrerseits wieder in enger Zusammenarbeit mit der Parteizentrale steht. Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit wird in diesen Sätzen ausgesprochen, daß der Internationale Bund zu einer Parteiorganisation der kommunistischen Partei gemacht werden soll. Die Kriegsoffer sollen also gleich den Arbeitslosen den Kommunisten helfen, den festgefahrenen kommunistischen Parteikaren aus dem Dreck zu ziehen. Die Kriegsoffer sind den Kommunisten gerade noch zu wenig, als Kanonenspatzen zu dienen, soll doch nach der erwähnten programmatischen Erklärung der I. B. in den Vordergrund seiner Propaganda den gemeinsamen Kampf mit dem revolutionären Proletariat stellen, das — unter Anwendung der „bewährten“ kommunistischen Methoden — „im unermesslichen Bürgerkrieg mit der Waffe in der Hand sein Recht zur Kontrolle der Produktion durch revolutionäre Betriebsräte und politische Arbeiterate erkämpfen“ soll.

Auf solchen Wegen also sollen die kommunistischen Fraktionen — wie der Halleische Klassenkampf in einem Artikel über die gleiche Frage schreibt — „den Kampf der Kriegsoffer herausführen aus dem Sumpf des Reformismus und Pazifismus und ihn überleiten in einen in revolutionärem Sinne geführten Kampf“. Begonnen wird dieser verheißungsvolle Kampf — wie immer — mit dem Kampf gegen die „menschenfeindlichen“ Führer. Weil die Leitung des I. B. erklärt, daß sie im Sinne ihrer Mandatgeber weiter die Neutralität gegenüber allen sozialistischen Parteien aufrecht erhalten will, scheidet der Klassenkampf, die Bundesleitung sei „entlarvt“. Nun müßten aber nach diesem ersten Schritt die weiteren getan werden, die zur „Klärung“ führen würden.

Es liegt auf der Hand, daß diese „Klärung“ nach Lage der Dinge auch in diesem Falle nur in der Spaltung der Organisation bestehen kann. Die sozialistischen Kriegsoffer haben sich natürlich nicht in dem I. B. zusammengefunden, um unter Führung der Moskauer Apostel einen aussichtslosen Kampf um in absehbarer Zeit undurchführbare Forderungen zu führen. Sie verlangen vielmehr nach schneller Hilfe, die ihnen ihr elendes Dasein wenigstens einigermaßen